

# Nachrichten aus dem *netz*.



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 111 | März – April | 2005

Leitartikel

## Gleichstellung der Geschlechter immer noch ein frommer Wunsch

**E**s scheint nicht immer klar zu sein, dass sich der Begriff „Geschlecht“ sowohl auf Frauen als auch auf Männer bezieht und auch auf die verschiedenen Rollen, die ihnen in der Gesellschaft an allen Orten, in allen Kulturen und zu allen Zeiten zugewiesen wurden. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist immer noch ein frommer Wunsch und erfordert unterschiedliche Ansätze und Maßnahmen.

Man kann ebenfalls davon ausgehen, dass auch Armut unterschiedlich gemessen werden muss, vor allem, indem man der traditionellen Rollenverteilung Rechnung trägt. Obwohl europäische Regelungen dazu beigetragen haben, dass Frauen in vielen Ländern größere Freiheit genießen, mehr Möglichkeiten innerhalb der Gesellschaft haben, dass eine stärkere Gleichberechtigung herrscht, Frauen unabhängig sein können und – theoretisch – mit Männern vollständig gleichgestellt sind, gibt es doch noch Unterschiede.

Für Männer bedeutet Arbeit häufig Unabhängigkeit, Teilhabe und Rechte; Frauen jedoch hält der Spagat zwischen Haushalt und Job oft davon ab, eine größere Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen, den Anforderungen des Arbeitsmarktes zu entsprechen und in den Genuss der damit verbundenen Rechte zu kommen. Aus diesem Grunde sind Frauen verletzlicher und rutschen auch leichter in die Armut ab.

Die Gleichsetzung von Geschlecht und Armut beinhaltet zwar eine Reihe komplexer Faktoren, doch würde eine echte Gleichstellung von Männern und Frauen die meisten Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern vermindern oder sogar verschwinden lassen, auch und gerade im Hinblick auf Armut unter Frauen.

*Alida Smeekes*

*EAPN-Strategiegruppe „Geschlecht und Armut“*

## GESCHLECHT UND ARMUT

### INHALT

#### Die Gleichstellungsagenda

- Fest verwurzelte Ungleichheiten 2
- Geschlechter: Einige Definitionen 3
- Das künftige Europäische Institut für Gleichstellungsfragen 4
- Verdeckte Armut unter Frauen 4
- Das Flora-Netzwerk: Eingliederung und Beratung 5
- Die Geißel der häuslichen Gewalt 5
- Der Weltmarsch der Frauen im Jahr 2005 6
- Armut, Migration und Menschenhandel: Interview mit Colette De Troy von der Europäischen Frauenlobby 7
- Peking+10: Wie steht's mit den Ergebnissen? 7

#### Nachrichten aus Luxemburg

- Die Lissabonner Strategie auf der Präsidentschaftsagenda 8
- Kurzporträt EAPN-Lëtzebuerg 9
- „Die fetten Jahre sind vorbei ...“ 10

## Ungleichheiten so fest verwurzelt wie eh und je

Die Gleichstellung der Geschlechter bleibt in vielerlei Hinsicht ein frommer Wunsch. Es wurden zwar einige große Fortschritte erzielt, doch Stereotype und Vorurteile halten sich hartnäckig

**O**bjung oder alt, mit Arbeit oder ohne: Die Situation der europäischen Frauen ist wesentlich unsicherer als die der Männer. Von dieser Feststellung einmal abgesehen, müssen wir die Auswirkungen der Stereotype und Vorurteile betrachten, die in unserer Gesellschaft noch immer vorhanden sind, obwohl der Feminismus in den letzten Jahrzehnten Fortschritte erzielen konnte.

Armut unter Frauen und ihre soziale Ausgrenzung sind zwar auf verschiedene Gründe zurückzuführen, doch die tieferen Faktoren liegen im Wesentlichen in einem unausgesprochenen aber deutlichen "Gesellschaftsvertrag", der von einer männlichen Weltsicht geprägt wurde. Dieser "Vertrag" teilt die Aufgaben von Frauen und Männern sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Privaten scharf ein und verhindert die Teilhabe der Frauen am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben.

### Keine reine Frauensache

Auch wenn in einer patriarchalischen Gesellschaft der Mann der klare Bezugspunkt ist, heißt das nicht, dass das Empowerment der Frauen eine reine Frauensache ist! Von der Gleichstellung der Geschlechter profitieren auch Männer, da sie zu Gleichberechtigung und Chancengleichheit in allen Lebensbereichen beiträgt, so z.B. auch beim Thema Erziehungszeiten für beide Elternteile. Bei der Gleichstellung der Geschlechter geht es nämlich auch darum, die Benachteiligung der Männer, etwa bei der Kinderbetreuung anzugehen.

Allerdings werden Männer wie eh und je von einer Gesellschaft klar bevorteilt, die Frauen als "Abhängige" behandelt. Und selbst mit einer neuen Männergeneration, die vermehrt Haushaltspflichten übernimmt, sind es meist immer noch die Frauen, die aufhören zu arbeiten oder in Teilzeit gehen, um sich um Heim und Kinder zu kümmern, ganz zu schweigen von der ständig wachsenden Anzahl allein Erziehender, bei denen der Frauenanteil 85% beträgt.

Die eklatanten Ungleichheiten der Vergangenheit - die von der Gesetzgebung angegangen wurden - wurden von weniger offensichtlichen aber ebenso inakzeptablen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt abgelöst.

### Besser ausgebildet, aber ohne die guten Jobs ...

Was die Ausbildung anbelangt, haben Frauen die Nase vorn. 2004 lag der Prozentsatz der Frauen zwischen 20-24 Jahren, die mindestens einen Abschluss der Sekundarstufe II hatten, auf EU-Ebene 5% über dem der Männer der gleichen Altersgruppe. Und 2003 stieg der Anteil der Frauen unter den Hochschulabsolventen auf 58%; bei Promotionen beträgt ihr Anteil mittlerweile 41%. In 21 der 25 Mitgliedstaaten sind Frauen den Männern bei der Erwachsenenbildung bzw. Weiterbildung zahlenmäßig überlegen.

Trotzdem muss auf die Tatsache hingewiesen werden, dass Frauen, obwohl sie besser ausgebildet sind, die Hauptlast einer sexistischen Arbeitsmarktrennung tragen, da sie eher in schlechter bezahlten Bereichen arbeiten. Im Forschungsbereich etwa stellten Männer 2002 86% der akademischen Mitarbeiter mit einer vollen Professur. Und in der Industrie waren 2003 nur 31% der Führungspositionen von Frauen besetzt.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Beschäftigungsquoten lagen zwischen den Jahren 2002 und 2003 in der Union der 25 Mitgliedstaaten bei 15,8% (in Malta allerdings bei über 40%!). 2004 betrug die Arbeitslosenquote bei Frauen 10%, bei Männern 8,3%. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt eine Herausforderung: Frauen mit kleinen Kindern haben eine Beschäftigungsquote, die mehr als 13% niedriger ist als die kinderloser Frauen. Die Gründe dafür sind denkbar einfach, nämlich ein beschränkter Zugang zur Kinderbetreuung und die Beibehaltung sexistischer Stereotype. Männer übernehmen weniger als 40% der gesamten Haushaltspflichten und nur 25-35% der Kinderbetreuung.

### Ein auf Männer ausgerichteter Sozialschutz

Die Grundlagen des Wohlfahrtsstaates, die nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt wurden, definierten Frauen hauptsächlich als Mütter und Abhängige. In vielen Ländern leiten sich die Sozialschutzrechte der Frauen (Gesundheitsversorgung, Witwenrente usw.) vom beruflichen Status des Ehemannes ab. Die Ren-

Die Individualisierung von Rechten ist kein Allheilmittel

tenansprüche der Frauen sind bedeutend niedriger als die der Männer, da sie weniger am Arbeitsmarkt teilnehmen (unbezahlte Arbeit, Teilzeit, längere Unterbrechungen der Berufstätigkeit usw.). Viele ältere Frauen haben heutzutage keinen Sozialversicherungsschutz oder höchstens eine Minirente.

## Bald eine Individualisierung der Rechte?

Viele feministische Gruppen verlangen die Individualisierung der Sozialschutzrechte, einschließlich der Rente, da dies der einzige Weg sei, die Gleichstellung der Geschlechter zu erlangen und Frauen in den Genuss eines auf sie zugeschnittenen Sozialversicherungsschutzes kommen zu lassen. Hierdurch würden sie ermutigt werden, wieder aktiv am Arbeitsmarkt teilzunehmen, der wiederum eine bessere Aufteilung der häuslichen Pflichten ermöglichen würde. Dies müsste natürlich mit besseren Kinderbetreuungsmöglichkeiten, einem gesetzlich festgelegten Anspruch auf Erziehungsurlaub und Beschäftigungsrechten für atypische Arbeitnehmer, Teilzeit- und Gleitzeitmodellen einhergehen. Vor allem aber ist ein Umdenken nötig!

Die Individualisierung von Rechten ist nämlich kein Allheilmittel. Sie kann zwar Unabhängigkeit garantieren, führt aber nicht unbedingt zu finanzieller Gleichstellung. Der Wegfall von Witwenrenten etwa wäre sehr schlecht für ältere Frauen, die weniger in die Rentenkassen eingezahlt haben als ihre Ehemänner. Außerdem geht die Individualisierung nicht das Problem jener Frauen an, die dem Arbeitsmarkt sehr fern stehen und vollständig von der Sozialhilfe abhängig sind.

Eine Lösung dieser schwierigen Situation

kann nur in einer allmählichen Abkehr von den alten Systemen liegen, sodass die weitere Absicherung älterer Frauen, die immer noch von ihren Witwenrenten und anderen abgeleiteten Rechten abhängig sind, sichergestellt ist. Es gibt auch weitere Optionen, wie die Einführung von Sozialschutzansprüchen nach Wohnort, die Anhebung von Mindestansprüchen oder die Berechnung der Rente nach dem Durchschnittseinkommen anstatt nach Beitragszahlungen. Weitere Möglichkeiten wären u.a. die Entschädigung der Frauen für erlittene Benachteiligungen oder höhere Ansprüche aufgrund der Betreuungszeiten von Kindern oder Angehörigen.

## Doppelte oder dreifache Diskriminierung

Frauen werden nicht nur aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert. Immigrantinnen, behinderte, junge oder lesbische Frauen und allein erziehende Mütter können doppelt oder sogar mehrfach diskriminiert werden.

Die sexistische und rassistische Diskriminierung im Beschäftigungsbereich von Immigrantinnen und Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören, ist möglicher-

weise am beunruhigendsten: Diese Frauen sind kaum in den Arbeitsmarkt integriert, da sie oft Diskriminierung ausgesetzt sind und außerdem auf äußerst traditionelle Rollen beschränkt werden. Und schaffen sie es doch einmal, diese Hindernisse zu überwinden, bekommen sie meist nur sehr schlecht bezahlte Jobs. Im Jahr 2000 verdienten Immigrantinnen im Durchschnitt 10 % weniger als EU-Bürgerinnen. Ganz zu schweigen davon, dass viele von ihnen ohne Papiere sind und ihren Lohn bar auf die Hand bekommen.

Durch die geänderten Familienstrukturen

## Einige Definitionen

Während *Geschlecht* für eine physische Tatsache steht, bezieht sich der Geschlechterbegriff auf die Verteilung der Rollen von Männern und Frauen in einer bestimmten Gesellschaft und zu einem bestimmten Zeitpunkt. Männlichkeit und Weiblichkeit sind also normative Rollen, die die Erwartungen der Gesellschaft an die Individuen ausdrücken. Diese Erwartungen sind nicht statisch, sondern berücksichtigen kulturelle und gesellschaftliche Veränderungen. Der einzelne Mensch verinnerlicht diese Erwartungen jedoch oft als Teil der eigenen Persönlichkeit. Bestehende Beziehungen der Geschlechter - die oft auf Macht beruhen - werden häufig institutionalisiert und somit fest verwurzelt.

*Geschlechterforschung* ist ein Instrument, mit dem die verschiedenen Bedürfnisse von Frauen und Männern, ihre spezifischen Einschränkungen und Möglichkeiten erfasst werden können. Sie versucht insbesondere, Ungleichheiten, denen Frauen in der Gesellschaft ausgesetzt sind, zu beseitigen und so zu einer Gesellschaft mit größerer Gleichheit beizutragen (Gleichstellung auf dem Papier und in der Praxis).

Das *Gender Mainstreaming* bezieht sich auf die systematische Eingliederung der spezifischen Bedingungen von Frauen und Männern, ihren Prioritäten und Bedürfnissen bei der Planung, der Umsetzung, dem Follow-Up und der Bewertung aller auf die Gleichstellung der Geschlechter gerichteten Maßnahmen.

Frauen tragen die Hauptlast einer sexistischen Arbeitsmarkt-trennung

## Ein Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen

Der Europäische Rat forderte im Juni 2004 die Schaffung eines Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen. 2007 soll das Institut eröffnet werden. Finanziert wird es von der Kommission, wobei sich die vorgeschlagenen Mittel für den Zeitraum 2007-2013 auf insgesamt 52,5 Millionen Euro belaufen. Das Institut wird die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten bei der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und bei der Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts unterstützen. Außerdem wird es zuverlässige und vergleichbare Forschungsdaten sowie von Entscheidungsträgern benötigte Informationen erfassen, analysieren und verbreiten. Das Institut wird über ein für die Öffentlichkeit zugängliches Dokumentationszentrum und eine Bibliothek verfügen. Eine seiner weiteren Aufgaben wird darin bestehen, Treffen zwischen Entscheidungsträgern, Fachleuten und anderen Akteuren zu organisieren, um die Forschung und den Erfahrungsaustausch zu fördern; durch Konferenzen, Kampagnen und Seminare soll die Sensibilisierung für Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter verstärkt werden. Außerdem hat das Institut die Aufgabe, Instrumentarien zu entwickeln, die das Gender-Mainstreaming in allen Politikbereichen der Gemeinschaft unterstützen sollen. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates:

[http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/news/2005/mar/genderinstitute\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2005/mar/genderinstitute_en.pdf)

und die steigende Anzahl berufstätiger Frauen ist die Nachfrage nach nicht gemeldeten und billigen Haushaltshilfen gestiegen. Die Beschäftigung einer eingewanderten "Perle" mit Aufenthaltsgenehmigung oder ohne ist eine "Lösung", auf die viele europäische Haushalte zurückgreifen. Viele Immigrantinnen leben deshalb in Unsicherheit und können häufig wirtschaft-

lich ausgebeutet werden.

V. Forest

Quellen: Europäische Frauenlobby, EAPN-Bericht "A Social Europe for women also?" [Ein soziales Europa auch für Frauen?], Bericht der Europäischen Kommission zur Gleichstellung von Frau und Mann 2005.

## Verdeckte Armut

Obwohl Frauen immer stärker von Armut betroffen sind, gibt es nur

**D**aten, die von Eurostat, dem Statistikdienst der EU, gesammelt wurden, zeigen, dass Frauen heutzutage stärker von monetärer Armut betroffen sind als Männer - 2001, in der EU der 15 Mitgliedstaaten, 17% im Vergleich zu 14%.

Ältere Frauen sind dabei stärker von Armut bedroht als Männer der gleichen Altersgruppe. Auch allein Erziehende, in der Regel Frauen, sind einer Vielzahl von Benachteiligungen ausgesetzt und tragen ein hohes Risiko, sozial ausgegrenzt zu werden.

Zwar zielen die Statistiken darauf, die Realität widerzuspiegeln, doch muss man sich fragen, wie die Daten eigentlich gesammelt werden. Die europäischen Zahlen entstammen nämlich einer Untersuchung, die auf einem Standardfragebogen basiert, zu dem die jährliche Befragung einer repräsentativen Auswahl an Haushalten und Einzelpersonen gehört. Die grundlegende statistische Einheit ist hierbei jedoch der Haushalt, und die meisten Befragungen werden nur mit dem - in der Regel männlichen - Haushaltsvorstand geführt.

## Wie sieht der Zugang zum Einkommen aus?

Um Unterschiede bei der Haushaltsgröße und seiner Zusammensetzung aufzuzeigen, werden die Einkommenszahlen "pro Äquivalenzerwachsenen" wiedergegeben. Das heißt, dass das gesamte Haushaltseinkommen durch seine Äquivalenzgröße geteilt wird, wobei eine Skala benutzt wird, die Gewichtungen zuteilt: Dem ersten Erwachsenen einen Wert von 1,0, jedem weiteren Haushaltsmitglied ab 14 Jahren einen von 0,5 und Kindern unter 14 Jahren einen Wert von 0,3. Die sich daraus ergebende Zahl wird jedem Haushaltsmitglied zugeordnet, egal, ob es sich um einen Erwachsenen oder um ein Kind handelt. Diese Berechnung bestimmt daher auch, ob eine Frau als von Armut betroffen angesehen wird oder nicht. Das Problem besteht darin, dass bei diesem Verfahren die Einkommensverteilung innerhalb des Haushaltes nicht berücksichtigt wird. So kann es passieren, dass eine Frau statistisch gesehen nicht in einem von Armut betroffenen Haushalt lebt, während sie in der Realität durchaus Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt ist, da sie keinen gerechten Anteil am Haushaltseinkommen hat.

Daten für die EU der 25 Mitgliedstaaten	Frauen	Männer
Anteil der von Armut bedrohten Personen nach allen Sozialtransfers 2001	16%	14%
Erwachsene in erwerbslosen Haushalten 2004	11,50%	9,20%
Beschäftigungswachstum 2003	0,70%	-0,20%
Beschäftigungsquote (innerhalb der Altersgruppe von 15-65 Jahren) 2003	55,10%	70,90%
Arbeitslosenquote 2003	10%	8,30%
Langzeit-Arbeitslosenquote 2003	4,50%	3,60%
Sehr lange Arbeitslosigkeit 2003	2,60%	2,00%
Jugend-Arbeitslosenquote (15-24) 2003	18,50%	18,40%
Lebenserwartung bei der Geburt 2002	81,1	74,8
Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die sich nicht in Weiterbildung oder Berufsausbildung befinden	13,60%	18,10%
Durchschnittsalter bei Renteneintritt 2003	60,5	61,5

Solange keine geschlechtsspezifischen Indikatoren festgelegt sind, werden Armut unter Frauen und die Ungleichheiten, von denen sie betroffen sind, unsichtbar bleiben.

### Verschiedenste Situationen

Frauen sind stärker von Armut bedroht als Männer: Sie sind öfter von Armut betroffen und dann auch für längere Zeiträume;

außerdem treffen sie beim Weg aus der Armut auf eine Vielzahl von geschlechtsspezifischen Hindernissen (Abhängigkeit von der Sozialhilfe, kein Zugang zum Arbeitsmarkt, Niedriglohnjobs usw.). Trotzdem sind Frauen keine einheitliche Gruppe, sondern haben die unterschiedlichsten Lebenssituationen: Immigrantinnen mit Aufenthaltsgenehmigung oder ohne Papiere gehören zu den am stärksten marginalisierten Gruppen; Armut bei Frauen, die in ländlichen Gebieten leben, ist sogar noch unsichtbarer, da sie nur schwer festgestellt werden kann; und ältere Frauen - vor allem alleinlebende - gehören zu den besonders verletzlichen Gruppen. Alleinerziehende Mütter, deren Anzahl in den letzten Jahren dramatisch zugenommen hat, gehören zu den am schlimmsten betroffenen Haushalten.

Um die komplexen Lebenssituationen der Frauen klarer darstellen zu können und den Entscheidungsträgern Armut unter Frauen besser begrifflich zu machen, ist eine detailliertere, eher qualitative anstatt quantitative Analyse vonnöten.

V.F.

## Die Geißel der häuslichen Gewalt

Die Gewalt gegen Frauen fordert in Europa ihre Opfer: Sie löst Krebs und Autounfälle als Hauptursache für Todesfälle und Invalidität bei Frauen im Alter von 16 bis 44 Jahren ab! Der Europarat berichtet, dass in Europa eine von fünf Frauen in ihrem Leben Gewalt aufgrund ihres Geschlechts zum Opfer fällt. Physische Gewalt betrifft Frauen aller Altersgruppen, Gesellschaftsschichten und Kulturen. In 90 % der Fälle handelt es sich bei dem Gewalttäter um ein unmittelbares Familienmitglied oder eine andere verwandte Person.

Um einmal ein Stereotyp zurechtzurücken: Gewalt gegen Frauen ist nicht hauptsächlich ein Problem in armen Familien - sie durchdringt die gesamte Gesellschaft. Sie hält die Frauen davon ab, eine Hauptrolle im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben zu übernehmen und kann sie in Armut und soziale Ausgrenzung zwingen. Wie viele Frauen mussten schon, um gewalttätigen Partnern zu entgehen, aus ihren Wohnungen flüchten, obwohl sie die Opfer sind? Die Angst vor Armut und Obdachlosigkeit ist dann auch häufig der Grund, warum Frauen bei ihren brutalen Partnern bleiben.

Häusliche Gewalt ist eine Hauptursache für Armut unter Frauen. Eine Möglichkeit, sie zu beseitigen, wäre, dass wirtschafts-, sozialpolitische und gesetzliche Maßnahmen Frauen besseren Schutz bieten und Hilfseinrichtungen für Opfer geschaffen werden.

## Das Flora-Netzwerk: Integration in den Arbeitsmarkt und Beratung

Weiterbildung, Austausch und Wissensförderung für Frauen mit niedrigem Schulabschluss, Beratung bei Gleichstellungsfragen: Willkommen beim belgischen Flora-Netzwerk.

**D**as Flora-Netzwerk hat seinen Sitz unweit des Brüsseler Bahnhofs Gare du Nord, in einem großen bunten Gebäude, das Dutzende NRO beherbergt. Es umfasst Gruppen, die sich um verletzte Frauen mit niedrigem Schulabschluss kümmern (von denen viele ursprünglich nicht aus Belgien stammen)

und betreibt ihre Integration in die Gesellschaft sowie ihren Zugang zu Arbeitsplätzen entweder auf dem traditionellen Arbeitsmarkt oder durch die Entwicklung kommunaler Initiativen. "Flora möchte die Mechanismen von Diskriminierung aufzeigen und dazu beitragen, dass aktuelle Arbeitsmarktwerte und -normen geändert



## Frauen treten wieder Marsch an



Die Idee, im Jahr 2000 einen Weltmarsch der Frauen abzuhalten, entstand durch den enormen Erfolg des Frauenmarsches gegen Armut, der 1995 im kanadischen Quebec stattfand. Damals marschierten 850 Frauen für 10 Tage und wurden am Ende des Marsches von 15 000 Menschen begrüßt. Die Konferenz von Peking, die im gleichen Jahr stattfand, bewies, dass Frauen überall auf der Welt für Gleichheit, Entwicklung und Frieden kämpfen. Die Idee eines Weltmarsches entstand auf dieser Konferenz.

Als weltweites Aktionsnetzwerk gegen Armut und Gewalt gegen Frauen nahmen im Jahr 2000 fast 6000 Frauengruppen in 163 Ländern und Gebieten am Weltmarsch der Frauen teil. Seit 2003 haben Frauen aus allen Ländern zur Welt-Frauen-Charta beigetragen, die am 8. März 2005 der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde. Die Charta umfasst fünf Grundwerte: Gleichheit, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden.

Auch 2005 marschierten die Frauen wieder, diesmal, um die Charta bekannt zu machen. Der weltweite "Staffellauf" wird die Charta vom 8. März bis zum 17. Oktober in 50 Länder tragen. Außerdem wird eine Vielzahl nationaler Aktivitäten organisiert. Zur Mittagsstunde des 17. Oktober 2005 werden sich in allen Zeitzonen Frauen eine Stunde lang für die "24 Stunden weltweiter feministischer Solidarität" versammeln.

Weltweite Website:

[www.marchemondiale.org](http://www.marchemondiale.org)

Aktivitäten in Europa:

<http://mmf.lecarrefour.org/europe>

werden", sagt Anne Kervyn, Beraterin vom Flora-Netzwerk. "Deshalb konzentrieren wir uns auf den Ausbau des Netzwerks und die Entwicklung seiner Aktivitäten in den Bereichen Information, Weiterbildung, Erfahrungsaustausch und Know-how. Wir sind allerdings auch eine politische Lobby."

### Alle Frauen haben Begabungen!

Das Netzwerk wurde 1993 eingerichtet und nach Flora Tristan benannt, die im 19. Jahrhundert versuchte, in Frankreich die Massen gegen Armut und Ausbeutung zu mobilisieren. Flora Tristan argumentierte, dass es bei der Unterdrückung der Frauen und der Unterdrückung der Arbeiter viele Parallelen gibt.

"Alle zwei Jahre halten wir ein festliches Forum ab, an dem mehr als 150 Frauen teilnehmen", so Anne Kervyn weiter. "2003 lautete das Thema ‚Wir haben Begabungen!‘. Wir führten eine Reihe von Workshops durch, auf denen Frauen lernen konnten, wie sie selbst Ausbilderinnen werden." Es handelt sich um einen Ansatz, Frontverfahren aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive darzustellen. Das Wissen, das sich aus den Diskussionen ergibt, zielt auf ein besseres Mainstreaming von geschlechtsspezifischen Unterschieden bei Schulungs-, Eingliederungs- und Beschäftigungsprogrammen, und zwar auf allen Stufen ihrer Gestaltung, Umsetzung und Bewertung. Neben seinen ständigen Aktivitäten hat das Flora-Netzwerk auch Projekte ins Leben gerufen, die aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert werden.

Eines dieser Projekte - ‚Gender Consulting & Training‘ - bietet Akteuren aus dem Bereich soziale Eingliederung und Integration in den Arbeitsmarkt Beratung und Schulung zu geschlechtsspezifischen Themen. Anne Kervyn ist der Meinung, dass "dieses Projekt dazu beiträgt, bewährte Verfahren der NRO zu bestimmen. Wir hatten übrigens

über unsere Mitglieder begonnen, dieses Pilotprojekt zu erproben. Denn selbst wenn es in rein weiblichen NRO keine Männer gibt, heißt das nicht, dass sie nicht präsent wären! Wir müssen nämlich auch die Stereotypen ändern, die bei den Frauen fest verwurzelt sind."

Flora nutzt die Lösungen und bewährten Verfahren, die sich aus dieser internen Analyse ergeben, um andere Organisationen und Bereiche zu inspirieren und um Druck auf die Politik auszuüben. Das "Gender Consulting & Training"-Programm befasst sich daher mit vier Forderungen:

- ☼ Generelle Analyse einer Vereinigung: Ganz allgemein geht es hier darum, einmal "zu kommen und zu schauen", woraus sich Empfehlungen ergeben können und eine Unterstützung bei ihrer Umsetzung;
- ☼ Untersuchung eines bestimmten Projekts von einer geschlechtsspezifischen Perspektive aus, wenn eine Gruppe um Hilfestellung bei einer Projektumsetzung bittet;
- ☼ Erstellung sozio-beruflicher Fortbildungsprogramme, um die Aussichten der Frauen vor allem auf dem nicht traditionellen Arbeitsmarkt zu verbessern;
- ☼ Beratung bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Chancengleichheit.

### Eine auf Teilhabe beruhende Methode

Anne Kervyn betont, dass "Beratung verschiedene Stufen durchläuft. Zunächst analysieren wir die Anforderung, und dann sammeln wir Daten - schriftlich oder durch die Befragung von Einzelpersonen oder Gruppen - um die vorläufigen Lösungen vorzulegen, die wir dann an den Auftraggeber weitergeben. Dies führt zu Arbeitsge-

bieten in Form von Empfehlungen. Und wenn der Auftraggeber es wünscht, können wir dann Unterstützung bei der Umsetzung bieten". Diese Methode zielt auf eine maximale Teilhabe, wobei bedacht wird, dass geänderte Beziehungen und geändertes Verhalten zwar Frauen zugute kommt, diese Änderungen

aber auch von den Männern mitgetragen werden müssen, denn auch sie sollten davon profitieren.

V.F.

Website des Flora-Netzwerkes:  
[www.florainfo.be](http://www.florainfo.be)



## Frauenhandel ist ganz klare Sklaverei

Armut, Migration und Menschenhandel standen im Mittelpunkt des Interviews, das wir mit Colette De Troy von der Europäischen Frauenlobby führten.

### **E** APN: *Bildet Migration den Nährboden für Menschenhandel?*

Colette De Troy: Sie ist ein Faktor. Die individuelle Migration ist lediglich auf die Notwendigkeit zurückzuführen, an einem anderen Ort nach einem besseren Leben zu suchen. Die Europäische Union hat ihre Tore für diese Art der Migration geschlossen, was die illegale Migration stark ansteigen ließ. Die illegale Einschleusung über Menschenhändler wird als Teil der organisierten Kriminalität betrachtet. Und Menschenhandel kommt dabei heraus, wenn Menschen angeworben und eingeschmuggelt werden, um sie anschließend auszubeuten.

### *Wer ist am Menschenhandel hauptsächlich beteiligt?*

Zunächst Menschen, die ihr Herkunftsland verlassen wollen (mittel- und osteuropäische Länder, Russland und seine Satellitenstaaten, aber auch weiter entfernte Länder der Dritten Welt), also Länder, in denen Frauen die Hauptlast der sich verschlechternden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen tragen. Aber natürlich gehören auch die Menschenhändler dazu, die mit dem Frauenhandel viel Geld verdienen und oft in die organisierte Kriminalität verstrickt sind. Allerdings und das ist ein Hauptpunkt, hat sich in

Europa auch ein "Markt" gebildet: Und der Sexmarkt ist in seiner Nachfrage besonders gierig. Frauen werden dort als "Wegwerfware" betrachtet, für die es endlos Nachschub gibt.



### *Wie werden Frauen in die Falle gelockt?*

Armut, Entbehrungen, Ungleichheiten, häusliche Gewalt - all diese Faktoren bringen sie dazu, sich nach einem besseren Leben umzuschauen. Zunächst werden sie mit einer Aussicht auf Arbeit angelockt, die natürlich eine Lüge ist. Sie werden übrigens häufig gar nicht entführt: Menschenhändler legen junge und schutzlose Frauen herein, indem sie ihnen Liebe und das große Geld versprechen. In Wirklichkeit aber werden sie für einen extrem profitablen Sexmarkt ins Land gebracht, der mit einem Arbeitsmarkt nichts zu tun hat. Einige Länder wie die Niederlande, Deutschland und Österreich haben versucht, das Sexgewerbe zu regulieren, was aber nur dazu geführt hat, dass der "Markt" besser akzeptiert und sichtbarer wurde und die

## Peking+10: Wie steht's mit den Ergebnissen

Die Weltfrauenkonferenz "Zehn Jahre nach Peking, Gleichstellung, Entwicklung und Frieden" wurde mit der Sitzung der UN-Kommission zum Status von Frauen verbunden und fand vom 28. Februar bis 11. März 2005 bei den Vereinten Nationen statt.

Es handelte es sich um einen Rückblick und eine Beurteilung der Pekinger Konferenz von 1995, wobei eine gemischte Bilanz gezogen wurde. In den letzten zehn Jahren gab es viele neue gesetzliche Grundlagen und Reformen, auch wurde der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung verbessert. Es haben sich jedoch auch neue Herausforderungen ergeben, wie die verheerenden Auswirkungen von HIV/Aids bei Frauen, die dauerhafte und zunehmende Armut unter Frauen und der Menschenhandel.

Das Wiederaufleben eines Konservatismus auf der internationalen Bühne drohte die Erfolge der Pekinger Konferenz zunichte zu machen. Speziell die Rechte der Frauen bezüglich Sexualität und Fortpflanzung standen unter Beschuss. Am Schluss des Treffens wurde jedoch von den Regierungen eine Erklärung angenommen, die die zehn Jahre zuvor gegebenen Versprechen bestätigte und darauf abzielt, die Bemühungen um die Gleichstellung von Männern und Frauen voranzutreiben.

Website:  
<http://www.un.org/womenwatch/daw/Review/>



Nachfrage in die Höhe schnellte. Wir haben es mit echter Ausbeutung zu tun, von der nur Zuhälter und Kriminelle profitieren.

Frauen, die Opfer von Menschenhändlern werden, sind echte Sklavinnen. Man nimmt ihnen den Pass ab, sie werden von Land zu Land verschoben, sodass sie gar nicht mehr wissen, wo sie sich befinden, sie werden durch Drohungen eingeschüchert, dass man sie der Polizei ausliefern wird und vor allem werden sie missbraucht, oft auf extrem brutale Weise. Die Polizei behandelt sie häufig als illegale Einwanderinnen und nicht als Opfer von Straftaten, und so werden sie schließlich abgeschoben.

Der Europarat ist bereit, den Entwurf einer Konvention zum Schutz der Opfer des Menschenhandels anzunehmen. Leider nimmt die Europäische Kommission - die im Namen der meisten Mitgliedstaaten verhandelt - momentan eine ziemlich rückständige Haltung ein. Wenn diese Konvention richtig ergänzt und angenommen wird, könnte sie dazu führen, dass die Frauen nicht mehr als illegale Einwanderinnen, sondern als Opfer angesehen und entsprechend geschützt werden.

### *Wie kann man dem Menschenhandel Einhalt gebieten?*

Zum einen müssen die Lebensbedingungen in den Herkunfts-

ländern verbessert werden. Ein Wissenschaftler sagte jüngst voraus, dass in Bulgarien, sollte die Migration aus diesem Land im bisherigen Tempo weitergehen, im Jahre 2050 nur noch ältere Menschen leben werden. Es besteht aber auch Handlungsbedarf, um die Nachfrage auf dem Sexmarkt zu reduzieren und bei den Männern, die Frauen kaufen, ein Verantwortungsgefühl zu wecken. Menschenhandel kann übrigens auch Männer betreffen, z.B. in der Bauindustrie, in illegalen Werkstätten und der Landwirtschaft.

Außerdem muss der Geltungsbereich der Genfer Konvention ausgeweitet werden. Zur Zeit kann man unter ihr den Flüchtlingsstatus nämlich nur aufgrund politischer Verfolgung erlangen. Die Arten der Verfolgung, denen Frauen ausgesetzt sind - wie Zwangsehen, Genitalverstümmelungen, Ehebruch und seine Folgen usw. - sollten berücksichtigt werden. In vielen Ländern wird momentan die Gesetzgebung überarbeitet, aber es ist noch ein weiter Weg, bis Frauen vor Menschenhändlern wirklich geschützt sind.

Interview V.F.

## NACHRICHTEN AUS LUXEMBURG



### Die Lissaboner Strategie auf der Präsidentschaftsagenda

**U**nter den Prioritäten der luxemburgischen Präsidentschaft finden wir in erster Reihe die Halbzeitbewertung des Lissabonner Prozesses, gefolgt von der Untersuchung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und den finanziellen Perspektiven 2007-2013.

Wenn die angemessenen finanziellen Mittel für die europäischen Budgets 2007-2013 nicht adäquat geplant werden, ist jede Strategie zum Scheitern verurteilt. Es ist lächerlich, wenn einige Länder verlangen, dass nicht mehr als

1% der nationalen Steuern an Brüssel gehen sollen (was schon an sich nicht richtig ist, da diese Beträge in großem Umfang an die Regionen zurückfließen), während etwa 1,24% ausreichen würden, um die Höhe des momentanen Engagements zu erhalten.

### **Nachhaltige Entwicklung**

Nachhaltige Entwicklung ist eine weitere europäische Strategie und nicht einfach die dritte Säule der Lissabonner Strategie, wie die Präsidentschaft gerne betont. Vielmehr ist nachhaltige



Entwicklung ein Leitprinzip für alle europäischen Strategien, und somit muss auch die Lissabonner Strategie daran gekoppelt werden. Dies bedeutet, dass eine Lissabonner Strategie, die sich nur auf Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Jobs konzentriert und soziale und umweltpolitische Aspekte unberücksichtigt lässt, mit der Strategie der nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar ist.

Um mehr Geschlossenheit in der europäischen Politik zu erreichen, muss die Strategie der nachhaltigen Entwicklung nicht nur stark an die Lissabonner Strategie geknüpft werden, sondern auch an die Beschäftigungsstrategie, die Eingliederungsstrategie und die soziale Agenda. Und warum sollte man daraus nicht gleich eine einzige starke und kohärente Politik machen? Natürlich eine, die sich der sozialen Sache stark verschrieben hat!

Mit Blick auf die Lissabonner Strategie muss man zunächst zugeben, dass es der luxemburgischen Regierung genauso wenig wie den anderen Regierungen gelungen ist, die Ziele, die 2000 in der portugiesischen Hauptstadt festgelegt

wurden, zu erreichen. Andererseits freut es uns aber, dass die luxemburgischen Behörden, im Gegensatz zu so manchen anderen, schon von Anfang an klar stellten, dass "die soziale Dimension im Mittelpunkt der Lissabonner Strategie steht". Es zeichnet sich eine klare Linie ab, und zwar von der Aussage, die Wirtschaftsminister Jeannot Krecké auf dem ersten Lissabonner Kolloquium am 12. Oktober 2004 machte ("Bei der Lissabonner Strategie zählt jedes Wort. Es geht nicht nur um Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum"), bis zur jüngsten Äußerung von Arbeitsminister François Biltgen, der argumentierte, selbst, wenn es stimme, dass es keinen sozialen Zusammenhalt und keine nachhaltige Entwicklung ohne

Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen geben kann, so ist andererseits auch klar, dass es sich hierbei nur um notwendige Bedingungen handelt, die für einen stärkeren sozialen Zusammenhalt und eine nachhaltigere Entwicklung nicht ausreichen.

### **"Säulen" können nicht getrennt werden!**

Es bleibt also zu hoffen, dass sich immer mehr Regierungen den guten Argumenten der Präsidentschaft anschließen. Und zur Äußerung von François Biltgen könnten wir sogar noch Folgendes hinzufügen: Es ist nicht nur so, dass Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und mehr Arbeitsplätze nicht zu stärkerem sozialen Zusammenhalt führen, sondern umgekehrt gilt auch: Nur der soziale Zusammenhalt führt zu wirtschaftlichem Wohlstand. Ohne sozialen Zusammenhalt wird es nämlich kein Wachstum geben. In dieser Hinsicht ist es auch falsch, von drei gleichen Säulen der Lissabonner Strategie zu sprechen. Diese drei Elemente, also wirtschaftlicher Wohlstand (Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplätze), sozialer Zusammenhalt und umweltpolitische Überlegungen, hängen wechselseitig voneinander ab und können daher auch nicht getrennt werden.

Wie auch immer die Ergebnisse der Frühjahrstagung des Europäischen Rates aussehen werden: Die konkrete Arbeit muss in den Mitgliedstaaten getan werden. Und hier stehen wir in den Startlöchern: In jedem europäischen Land wird das nationale EAPN-Netzwerk genau überwachen, was die jeweilige Regierung in die Praxis umsetzt.

#### **Robert Urbé**

Mitglied des Exekutiv Ausschusses von EAPN-Lëtzebuerg

#### **Kurzporträt**

### **EAPN Lëtzebuerg**

Das luxemburgische Netzwerk gegen Armut "EAPN-Lëtzebuerg" ist eine 1990 gegründete Non-profit-Organisation mit zur Zeit dreizehn Mitgliederverbänden: Aarbechtshëllef, ATD Quart Monde, Association Nationale des Assistantes d'Hygiène Sociale, Assistantes Sociales et Infirmières Graduées du Luxembourg, Co-labour, Confédération Caritas Luxembourg, Femmes en détresse, Croix-Rouge Luxembourgeoise, Fondation Jugend an Drogenhëllef, Foyers et Services de l'Entraide, Initiative Rëm Schaffen, Inter-Actions, Ligue médico-sociale und Paerd's Atelier.

Aufgrund der Größe des Landes stehen Luxemburgs Regierungsbehörden, die Ministerien und die auf einem bestimmten Gebiet tätigen NRO normalerweise in direktem Kontakt. Das EAPN-Lëtzebuerg arbeitet dafür, Dialogmöglichkeiten mit den verschiedenen Stellen aufzudecken, und die Beziehungen sind gut. Auf dieser Grundlage wurden auch die EAPN-Konferenz von April 2005 zum Thema "Die EU-Strategie zur sozialen Eingliederung stärken" und das vierte Treffen von Menschen, die von Armut betroffen sind, organisiert. Viele Vorschläge des EAPN-Lëtzebuerg wurden in Luxemburgs früheren nationalen Aktionsplänen zur sozialen Eingliederung berücksichtigt. Die neue Website [www.eapn.lu](http://www.eapn.lu) ist seit Mitte März zugänglich.

Das EAPN-Lëtzebuerg wird ausschließlich ehrenamtlich geleitet und hat keine bezahlten Mitarbeiter. Alle momentan verfügbaren Mittel werden für die Organisation der genannten Veranstaltungen unter der luxemburgischen Präsidentschaft verwendet.

Marco Hoffmann

Präsident EAPN-Lëtzebuerg

**"Wachstum und Arbeitsplätze" reichen für einen stärkeren sozialen Zusammenhalt nicht aus**

## Die fetten Jahre sind vorbei

Das Großherzogtum Luxemburg steht an einem Wendepunkt. Trotz eines starken Wirtschaftswachstums und einer Armutsrate unter dem EU-Durchschnitt, steigt die Arbeitslosigkeit und der Sozialschutz gerät unter Druck.

Obwohl sich Luxemburg seit den 70er Jahren zu einem modernen Sozialstaat entwickelte und die Stahlkrise mit Bravour meisterte, wächst die Zahl der Arbeitslosen (4,7 % im Januar 2005) und übertrifft ungeachtet der vielen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (1/2005: 3460) und der steigenden Frauenbeschäftigungsquote (mit 52 % immer noch unter dem Durchschnitt der EU der 25 Mitgliedstaaten) bei weitem die Arbeitslosenzahlen der krisengeschüttelten 70er und 80er Jahre. Trotz eines Wirtschaftswachstums von stattlichen 4,2 % sind die fetten Jahre vorbei. Dabei ist es gerade der Dienstleistungssektor, der expandiert, aber gleichzeitig den bildungsbenachteiligten Bürgern keine Chance auf einen Arbeitsplatz bietet und infolge des stetig zunehmenden Anforderungsdrucks weiterhin Menschen in die Arbeitslosigkeit freisetzt.

### In Bildung für alle investieren

Das EAPN-Lëtzebuerg beanstandet den damit einhergehenden Ausschluss Benachteiligter, die aufgrund des eingeschränkten Zugangs zu Aus- und Weiterbildung kaum im Dienstleistungssektor vertreten sind. Auch die Erhöhung der Forschungsausgaben und der gebetsmühlenartig beschworene Aufbruch in die Wissensgesellschaft bergen keinen direkten Vorteil für Menschen, die von Armut betroffen sind. Dagegen wäre eine Kehrtwende im stark selektiv wirkenden Bildungssystem und insbesondere eine bessere Integration der ausländischen Mitbürger in das luxemburgische Schul- und Berufsbildungssystem unerlässlich. Die Senkung der allzu hohen Schulabbruchquote (ca. 20 %) ist dringend erforderlich.

Zudem sollen nach der Bolkestein-Richtlinie soziale Dienstleistungen ihre Angebote nach dem Herkunftslandprinzip in allen EU-Ländern vermarkten können, ohne die jeweils stark national geprägten Standards berücksichtigen zu müssen. Obwohl eine Überarbeitung dieser EU-Richtlinie bis Juni 2005 ansteht, riskieren wir einen Abbau der Mindeststandards im Sozialwesen und damit den Bedeutungsverlust der nationalen Gesetz-

gebungen (in Luxemburg das ASFT-Gesetz u.a.).

### Geringverdiener bekommen die schlechte Lage zu spüren

Auch wenn statistisch das Armutsrisiko 2003 in Luxemburg auf 10,2 % gesunken ist, so wächst die Zahl der Menschen, die im Hilfenetz von Arbeitslosenunterstützung oder sozialer Mindestsicherung ihre Existenz fristen, und deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt aufgrund der steigenden Qualifikationsanforderungen immer schwieriger wird.

Die gesetzlich verankerte staatliche Indexierung der Löhne (seit 1944; erneuert 1973) und die Mindestversorgung RMG sind gefährdet. Eine jüngste Studie (T. Pamukçu, Luxemburg 2004) betont den negativen Einfluss des indexierten Mindestlohns auf das Beschäftigungswachstum in Luxemburg und befürwortet die Aufhebung dieses Inflationsausgleichs. Der bereits vorhandene Niedriglohnsektor (immerhin 20% aller Beschäftigten) wird dann nach Auffassung des EAPN-Lëtzebuerg die Gruppe der "arbeitenden Armen" vergrößern und das von der Wirtschaft geforderte Lohnabstandsprinzip (Differenz zwischen Mindestversorgung RMG und unterster Lohngruppe) den Druck

Die gesetzlich verankerte staatliche Indexierung der Löhne und die Mindestversorgung sind gefährdet

auf die von Armut und Arbeitslosigkeit Betroffenen erhöhen. Wir sollten nicht bis 2010 warten, um zu sehen, was sich alles verschlechtert hat, sondern gemeinsam den Grundgedanken des Europäischen Parlaments vom 12.04.1989 in der "Erklärung der Grundrechte und Grundfreiheiten", die damals auch die sozialen Grundrechte beinhaltete, in Erinnerung rufen. Diese sozialen Grundrechte der Gemeinschaftscharta gelten in der EU-Verfassung nur noch für die Berufstätigen. Ein soziales Europa sollte diese Grundrechte für alle, ob Arm oder Reich, gleichermaßen garantieren.

Klaus Schneider

Verantw. Entwicklung - EAPN-Lëtzebuerg

# Das soziale Europa und die EU-Verfassung

Rede zum Verfassungsvertrag - gehalten auf luxemburgisch am 29. April 2005 vor dem luxemburgischen Parlament während des Hearings "EU-Verfassungsvertrag und Soziales" im Namen der Demokratie a.s.b.l.

**D**as soziale Europa ist eng verknüpft mit den Werten die hier gelebt werden. Dass die in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Laeken vorgegebenen Werte „Demokratie, Transparenz und Effizienz“ beim Entwurf des Verfassungsvertrages erreicht wurden, bezweifelt der Staatsrat in seinem Gutachten. Die Werte der französischen Revolution nämlich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit oder Solidarität sind in Artikel 2 des Verfassungsvertrages enthalten. Sie sind noch immer anstrebenswert, aber auch nach über zwei Jahrhunderten noch immer unerreicht. Wieso, ist einfach zu erklären, da sie sich, gleichzeitig angewandt, widersprechen, wie kann man nämlich frei und gleich zugleich sein?

In der historischen Entwicklung des letzten Jahrhunderts wurde versucht einen dieser Werte in den Mittelpunkt zu stellen. Im Osten, d.h. im Kommunismus, im Staatskapitalismus wurde versucht die Gesellschaft so zu gestalten, dass alle gleichermassen an deren Reichtum teilhaben sollten. Die Gleichheit durch Zentralismus statt dezentraler freier Assoziationen musste scheitern. Im Westen stand die individuelle Freiheit im Mittelpunkt. Im neoliberalen Kapitalismus verbindet sich diese Freiheit mit egoistischen Triebkräften und lebt sich vor allem im Wirtschaftsbereich aus mit den bekannten Resultaten, Arbeitslosigkeit, Polarisierung von arm und reich. Auch dieses wird nicht die Lösung sein.

Wie soll denn ein dritter Weg aussehen? Werfen wir einen Blick zurück auf die Entwicklung Europas nach dem zweiten Weltkrieg. 1949 wurde der Europarat als Wertegemeinschaft und geistig-rechtliches Fundament konstituiert, wobei ein vorbildliches System zum Schutz der bürgerlichen und politischen Menschenrechte installiert wurde. Der gemeinsame Wirtschaftsraum entstand zwischen 1951 und 1967. 1951 machten sechs Länder mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (CECA) den Anfang. 1957 kamen die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hinzu. Diese drei Organisationen wurden 1967 zur Europäischen Gemeinschaft (EG) vereinigt. 1979 finden die ersten Wahlen zum Europaparlament statt und 1992 kommt es zur politischen Europäischen Union. Eine gemeinsame Währung mit Europäischer Zentralbank entsteht 2002.

Verschiedene Bereiche der EU wurden nacheinander geschaffen, nämlich das kulturelle, das wirtschaftliche, das politische und das monetäre System. Diese Systeme sind vernetzt, verlangen aber auch gleichzeitig nach Selbstverwaltung. Verschiedene Werte sind ihnen sachgemäss zuzuordnen. Der genannte Prozess zeigt uns, dass wir der historischen Entwicklung nicht gerecht werden wenn wir sie konstitutionell nach dem Muster eines postnationalen Einheitsstaates

reflektieren.

Der Bereich der Kultur zu dem etwa die Bildung, die Wissenschaft oder die Kunst gehört, verlangt die freie Entfaltung der Potentiale aller Menschen und dies zum Wohle aller EU-Bürger. Unsere Schulen sind zum Beispiel noch weit weg die Fähigkeiten und die Kreativität aller Schüler zu fördern, Wissensvermittlung von oben ist noch grösstenteils angesagt. So geht aus der Studie „Votre école et Vous“ des Erziehungsministeriums aus dem Jahre 2004 hervor, dass die Professoren und Direktoren der Sekundarschule zum Beispiel Kreativität als wenig wichtig für die Zukunft der Schüler einstufen und daher auch dieser Qualität in ihrem Unterricht weniger Beachtung zukommen lassen, umso mehr den Kompetenzen Respekt, Disziplin und Höflichkeit.

Wie die Freiheit in den kulturellen Bereich gehört, so gehört die Gleichheit in den Rechtsbereich, in den Bereich der Politik. Jedem Bürger muss das gleiche Mitrecht an der Gestaltung unseres Zusammenlebens gewährt werden. Direkte Demokratie mit Volksgesetzgebungsmöglichkeiten komplementär zur parlamentarischen Demokratie ist hier gefordert. Hier geht es auch um gleichen Zugang aller Meinungen in den Medien bei einem solchen Prozess, aber das war ja das Thema des Hearings letzter Woche. Im Prozess des Verfassungsvertrages wären ein Bürgerkonvent, parallel zum Verteterkonvent, statt einer Emailplattform eine anstrebenswerte Lösung. Dazu näheres unter [www.eu21.willensbekundung.net](http://www.eu21.willensbekundung.net), [www.mtk.lu](http://www.mtk.lu) oder [www.demokratie.lu](http://www.demokratie.lu). Wenn wir zum Wohle aller wirtschaften wollen gehört in den Wirtschaftsbereich die Brüderlichkeit, die Solidarität, Assoziationen statt der Konkurrenz, Potentiale vernetzen statt sie gegeneinander auszuspielen. Wir leben in einer Welt wo die Arbeitsteilung vorherrscht, wo einer für den andern arbeitet und wo Selbstversorgung der Vergangenheit angehört. In einer solchen Gesellschaft gilt, dass das Wohl aller zusammenarbeitenden Menschen um so größer ist, je weniger der einzelne die Erträge seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden. Der so erzielbare maximale Gewinn, dieses zusammen Erarbeitete muss dann allen zugute kommen und gerecht verteilt werden. Nicht nur einige wenige Privilegierte dürfen hiervon profitieren, so dass den andern nichts übrig bleibt als zu versuchen mehr oder weniger gut über die Runden zu kommen. Nicht die Bedürfnisse des Geldes, sondern die der Menschen müssten im Mittelpunkt stehen. Das ist kaum der Fall, wenn weit über 90% der Geldströme spekulative Zwecke haben und von der Realwirtschaft losgekoppelt sind. Stabile Regionalwährungen ohne Zins und Inflation komplementär zu den globalen Währungen wäre hier ein Ansatz, der

sich schon mancher Ort bewährt hat. Geld und Währungsmechanismen sind nicht naturgegebene sondern von Menschenhand geschaffen. Dass das gewählte Geld- und Finanzsystem einer der bedeutendsten und zugleich am häufigsten übersehenen Aspekte der sozioökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit ist, also auch wesentlich für eine zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung, zeigt eindrucksvoll der Bericht der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste aus dem Jahre 2003.

Halten wir zusammenfassend noch einmal fest: Freiheit im erweiterten Kulturbereich, Gleichheit im rechtlich-politischen Bereich und Geschwisterlichkeit im Wirtschaftsbereich. Das Geld sollte kein Selbstzweck sein, sondern als Hilfsmittel für das Funktionieren des sozialen Ganzen dienen. Ob der vorgelegte Verfassungsvertrag diesen Idealen entspricht, muss jeder für sich nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden und eine entsprechende Stimme am 10. Juli abgeben.

Die Lösung für unsere soziale Zukunft sollte nicht nur auf der üblichen horizontalen Dimension mit extremen rechten oder linken Lösungen oder faulen Kompromissen liegen, sondern auch in der vertikalen Dimension, der geistigen inspirierten Dimension des Denkens gesucht werden. Dadurch sollte eine zeitgemäße soziale Entwicklung für unser Zusammenleben in Europa und der ganzen Welt ermöglicht werden.

Als Abschluss möchte ich ein Zitat aus Goethes Märchen hinstellen in dem von vier Königen die Rede ist, dem goldenen, dem silbernen, dem ehernen und dem vierten der folgendermaßen beschrieben wird : „Die Schlange war, indessen jene redeten, in dem Tempel leise herumgeschlichen, hatte alles betrachtet und besah nunmehr den vierten König in der Nähe. Er stand an eine Säule gelehnt, und seine ansehnli-

che Gestalt war eher schwerfällig als schön. Allein das Metall, woraus er gegossen war, konnte man nicht leicht unterscheiden. Genau betrachtet war es eine Mischung der drei Metalle, aus denen seine Brüder gebildet waren. Aber beim Gusse schienen diese Materien nicht recht zusammengeschmolzen zu sein; goldne und silberne Adern liefen unregelmäßig durch eine eherne Masse hindurch, und gaben dem Bilde ein unangenehmes Ansehn.“ ... (weiter im Märchen taucht der gemischte König zusammen auf mit den Figuren der Alten)

"Wer auf seinen Füßen steht," antwortete der Alte.

"Das bin ich!" sagte der gemischte König.

"Es wird sich offenbaren," sagte der Alte, "denn es ist an der Zeit." ... Der Alte eilte weg, und in dem Augenblick erschien das Licht der aufgehenden Sonne an dem Kranze der Kuppel, der Alte trat zwischen den Jüngling und die Jungfrau und rief mit lauter Stimme: "Drei sind, die da herrschen auf Erden: die Weisheit, der Schein und die Gewalt."

Bei dem ersten Worte stand der goldne König auf, bei dem zweiten der silberne und bei dem dritten hatte sich der eherne langsam emporgehoben, als der zusammengesetzte König sich plötzlich ungeschickt niedersetzte. Wer ihn sah, konnte sich, ungeachtet des feierlichen Augenblicks, kaum des Lachens enthalten, denn er saß nicht, er lag nicht, er lehnte sich nicht an, sondern er war unförmlich zusammengesunken.

Ich hoffe nicht, dass man dies eines Tages über unsere soziale Zukunft, sagen wird.

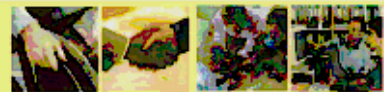
Alfred Groff

## Termine



**Nationale Sensibilisierungsmaßnahmen zum Thema Soziale Integration  
Auftaktveranstaltung am 2. Juni 2005, Berlin, Lebensstraße 3**

**FORTEIL - FORUM TEILHABE  
UND SOZIALE INTEGRATION**



**Workshop "Zivilgesellschaft" 21. Juni 2005 in Nürnberg**

*Nachrichten aus dem Netz* möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be)

Chefredakteur: Fintan Farrell

Verantwortl. Veröffentlichung: Vincent Forest

EAPN, rue du Congrès, 37-41 (Bte 2) - B-1000 Brüssel  
Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail:  
[team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be) - Website: [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

**Mit Unterstützung der Europäischen Kommission  
und des Bundesministeriums für Familie, Senioren,  
Frauen, Jugend**